

Einwanderer als Bürger: Initiative und Engagement in Migrantenselbstorganisationen

Hunger, Uwe (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hunger, U. (Hrsg.). (2002). *Einwanderer als Bürger: Initiative und Engagement in Migrantenselbstorganisationen* (Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, 21). Münster: Universität Münster, FB Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Civil-Society-Network. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-349933>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

UWE HUNGER (HRSG.)

EINWANDERER ALS
BÜRGER

INITIATIVE UND ENGAGEMENT
IN MIGRANTENSELBST-
ORGANISATIONEN

MÜNSTERANER
DISKUSSIONSPAPIERE ZUM
NONPROFIT-SEKTOR

21
OKTOBER 2002

ARBEITSSTELLE

AKTIVE BÜRGERSCHAFT

AN DER WESTFÄLISCHEN WILHELMS – UNIVERSITÄT MÜNSTER

Die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ist eine Gemeinschaftsinitiative der Universität und des von genossenschaftlichen Organisationen getragenen Vereins Aktive Bürgerschaft e.V..

Aufgabe der Arbeitsstelle ist der Transfer von Forschungsergebnissen zum bürgerschaftlichen Engagement und zu gemeinnützigen bzw. Nonprofit-Organisationen an Interessierte. Die Arbeitsstelle leistet dies durch die Ausrichtung von Tagungen, die Betreuung der im Leske+Budrich Verlag erscheinenden Reihe „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“ sowie durch die „Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor.“.

Die Arbeitsstelle ist ferner an der Verleihung des Wissenschaftspreises „Aktive Bürgerschaft“ beteiligt. Ausgezeichnet werden hervorragende Dissertationen und Habilitationen der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die sich thematisch mit dem Engagement von Einzelnen, Initiativen oder Organisationen im Dienst der Demokratie und/oder des Gemeinwohls beschäftigen. Die prämierte Arbeit wird in der Schriftenreihe „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“ beim Verlag Leske+Budrich veröffentlicht. Die aktuellen Ausschreibungsmodalitäten können jederzeit unter <http://www.aktive-buergerschaft.de> abgerufen werden.

Aktuelle Informationen zur Arbeitsstelle sowie die „Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor“ finden Sie zum download unter <http://dritte-sektor-forschung.de> .

MÜNSTERANER DISKUSSIONSPAPIERE ZUM

NONPROFIT-SEKTOR

- Nr.1 SCHMITZ, SVEN-UWE: Die Tugenden des Demokraten
- Nr.2 NÄHRLICH, STEFAN: International Philanthropic Transfers – Länderbericht Deutschland
- Nr. 3 ZIMMER, ANNETTE/PRILLER, ECKHARD: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel
- Nr. 4 GREVE, ROLF: Globalisierung der Wirtschaft
- Nr. 5 JÜTTING, DIETER: Lokale Vereinslandschaften und sozialer Reichtum
- Nr. 6 KLEIN, ANSGAR: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung
- Nr. 7 KEVENHÖRSTER, PAUL: Kampf der Kulturen oder multikulturelle Welt?
- Nr. 8 GABRIEL, KARL: Kirche und Glauben im gesellschaftlichen Wandel
- Nr. 9 CREDE, DANIELA: Der Verein als – zentrales ? – Element bürgerschaftlichen Engagements
- Nr. 10 PRILLER, ECKHARD/ZIMMER, ANNETTE: Der Dritte Sektor in Deutschland. Seine Perspektiven im neuen Millennium
- Nr. 11 ZIMMER, ANNETTE (Hrsg.): Annotierte Bibliographie zum Dritten Sektor in Deutschland (deutsch/englisch)
- Nr. 12 VILAIN, MICHAEL/BÜCKER, INGO/KANBACH, FRAUKE/WILLIGES, OLIVER/KAPP, STEPHAN: Licht und Schatten im Sportverein. Erfolgs- und Risikofaktoren am Beispiel der Organisationsanalyse des TuS Hilstrup e.V.
- Nr. 13 VILAIN, MICHAEL: Ziele, Strategien und Strukturen erfolgreicher Vereine
- Nr. 14 FRANTZ, CHRISTIANE: Neues Spielfeld für NGOs? Nationalstaaten und NGOs in der transnationalen Politik
- Nr. 15 FINIS-SIEGLER, BEATE: NPOs ökonomisch betrachtet
- Nr. 16 THEUVSEN, LUDWIG: Stakeholder-Management - Möglichkeiten des Umgangs mit Anspruchsgruppen
- Nr. 17 LENZEN, MARCUS: Die Rolle der NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit
- Nr.18 ZIMMER, ANNETTE: Service Clubs heute – Tradition und Perspektiven
- Nr. 19 GROWE, DIRK: Fundraising und NGOs – die alte Frage nach dem Geld neu gestellt
- Nr. 20 BERGER, ANDREAS: Lobbying: Strukturen, Akteure, Strategien. Protokoll zur Tagung vom 16.-17. November 2001
- Nr. 21 HUNGER, UWE (HRSG.): Einwanderer als Bürger. Initiative und Migrantenselbstorganisationen.

Einwanderer als Bürger

Initiative und Engagement in Migrantenselbstorganisationen

Beiträge der Tagung vom 22.-23. Juni 2001 im Franz Hitze Haus, Münster

Inhalt

1.	Einleitung	
	<i>Uwe Hunger</i>	2
2.	Die Situation der spanischen Emigranten in Nordrhein-Westfalen	
	<i>Manuel Romano Garcia</i>	6
3.	Was ist die IFAK?	
	<i>Ercüment Toker</i>	12
4.	Betriebliche Partizipation und Integration am Beispiel der Ford-Werke Köln	
	<i>Mustafa Cözmez</i>	17
5.	Entstehungsgeschichte des Dokumentationszentrums DOMiT	
	<i>Ahmet Sezer</i>	22
6.	"Hilfe für Özcan": Eine Hilfsaktion für einen schwerkranken Jungen aus Antalya als Initial einer deutsch-türkischen Kooperation	
	<i>Handan Çetinkaya-Roos</i>	25
7.	Angaben zu den AutorInnen.....	34

Einleitung

Migranten werden in der deutschen Öffentlichkeit und im wissenschaftlichen Diskurs zumeist immer noch als Objekte deutscher Politik und Interessen verstanden. Ansätze, die Migranten als "aktive Bürger" und gestaltende Subjekte der deutschen Gesellschaft begreifen, sind eher selten. Wenn es um die Frage der Integration geht, richtet sich der Blick zumeist auf den Staat, verbunden mit der Frage, welche Maßnahmen (vom Staat) zu ergreifen seien, um eine möglichst rasche und erfolgreiche Integration zu organisieren. Darüber hinaus gibt es Ansätze, die die Unternehmen, die in den meisten Fällen von der Einwanderung profitieren, in der Pflicht sehen, den Integrationsprozess der Migranten über die betrieblichen Maßnahmen hinaus zu unterstützen.

In einer Studie an der Arbeitsstelle Migrationsforschung am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster wurde die Perspektive der Integrationsforschung in einem Forschungsprojekt der Volkswagen-Stiftung umgekehrt. Es wurde gefragt, wie Migranten, die sich in Vereinen und Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen haben, ihren Eingliederungsprozess selbst beeinflussen und gestalten können. Dabei wurde herausgefunden, dass deutliche Parallelen zwischen den Organisierungsmustern der einzelnen Einwanderungsgruppen auf der einen und den Integrationsmustern auf der anderen Seite bestehen. Insbesondere diejenigen Gruppen konnten sich sehr erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integrieren, die in der Lage waren, homogene und effektive Organisationen aufzubauen, die die Interessen ihrer Gruppe im politischen System der Bundesrepublik Deutschland zu Gehör bringen und zu einem bedeutenden Teil auch durchsetzen konnten. Die Gruppen, die dagegen nicht in der Lage waren, eine entsprechende homogene Interessenstruktur aufzubauen, und sich stattdessen in zum Teil sehr ideologischen und wenig auf die konkreten Probleme in der Einwanderungssituation in der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Auseinandersetzungen verfangen, zeigen heute Defizite in zentralen Integrationsbereichen auf.

Ein Beispiel für eine gelungene Integration durch eine pragmatische und effektive Interessenartikulations- und Interessenvertretungsstruktur ist die Gruppe der

spanischen Einwanderer, die schon in den ersten Jahren der Einwanderung begann, Vereine, hier insbesondere Elternvereine, zu gründen, um ihre spezifischen Interessen, in der Einwanderungssituation durchzusetzen. Die spanischen Elternvereine organisierten Hausaufgabenhilfen und setzten sich (mit Erfolg) für die rechtliche Gleichbehandlung spanischer Schüler im deutschen Schulsystem ein. Heute weist die spanische Gruppe in fast allen Bereichen die höchsten Integrationswerte auf.

Andere Gruppen, wie etwa die Italiener, die länger in der Bundesrepublik Deutschland leben und länger über europäische Bürgerrechte in Deutschland verfügen sowie von ihrer Sozialstruktur zur Zeit der Einwanderung weitgehend mit der spanischen Gruppe vergleichbar waren, fallen in zentralen Integrationsbereichen, insbesondere im Bildungsbereich, dagegen deutlich zurück. Eine Erklärung für das schlechtere Abschneiden kann in der unterschiedlichen Vereins- und Organisationsstruktur beider Gruppen gesehen werden. Während Spanier, wie oben bereits ausgeführt, früh effektive Organisationen ihrer Interessenvertretung aufbauten, blieben italienische Zusammenschlüsse weitgehend unpolitisch und auf die Situation in ihrem Herkunftsland bezogen.

Tabelle 1: Integrationswerte von Spaniern und Italienern im Vergleich (in %)

	SPANIER	ITALIENER
Berufsausbildungsbeteiligung 2001	73,3	47,7
Arbeitslosenquote 2001	12,0	16,8
Abiturquote 2001	25,0	9,0
Anteil der Elternvereine an allen eingetragenen Vereinen 2001	32,0	2,0
Anteil der Einwanderer mit Berufsausbildung 1962	12,4	19,6
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesverwaltungsamt.		

Die Beiträge dieses Heftes zeigen Beispiele für die Initiative und das effektive Engagement von Migranten in der deutschen Einwanderungs-Gesellschaft. Manuel Romano Garcia beleuchtet in seinem Beitrag die gelungene Organisation spanischer Einwanderer von Beginn der Einwanderung bis heute. Romano Garcia zeigt die

besondere Situation dieser Gruppe zu Beginn der Einwanderung auf und verdeutlicht die Anliegen und Ziele, aber auch die Schwierigkeiten dieser Einwanderergruppe damals und heute. Während die Integration der zweiten und dritten Generation spanischer Einwanderer aufgrund der erfolgreichen Arbeit der spanischen Elternvereine heute als weitgehend abgeschlossen gelten kann, stellen sich für die erste Generation, die inzwischen das Rentenalter erreicht hat, neue Probleme, die - wie der Beitrag von Romano Garcia zeigt - die Spanier wiederum durch Eigeninitiative und Netzwerkbildung zu lösen versuchen.

Der Beitrag von Ercüment Toker über die "Multikulturelle Jugend-, Familien- und Senioreninitiative" in Bochum (IFAK e.V.) zeigt ein weiteres Beispiel für eine gelungene Aktivierung des Selbsthilfepotentials von Migranten. Stellten die spanischen Elternvereine zumeist herkunftshomogene Zusammenschlüsse dar, handelt es sich bei IFAK um eine multinationale Organisation, die von Deutschen und Ausländern in den siebziger Jahren gemeinsam ins Leben gerufen wurde. IFAK versteht sich als Interessenorganisation aller Migranten in Bochum und bietet vielfältige Dienstleistungen für Neuzuwanderer und ältere Einwanderer an. IFAK reagiert damit auch auf Defizite der kommunalen Angebotsstruktur, die sich nach Toker noch nicht ausreichend auf die Einwanderungssituation eingestellt hat.

Ein Beispiel der Initiative und der aktiven Rolle von Migranten aus einem anderen Bereich zeigt der Beitrag von Mustafa Cözmez, der Betriebsrat und Aufsichtsratsmitglied der Ford Werke AG in Köln ist. Sein Beitrag zeigt die besonderen Voraussetzungen und Probleme der Integration im Betrieb am Beispiel der Ford Werke in Köln. Auf der Basis des deutschen Mitbestimmungssystems wurden hier verschiedene Integrationsmaßnahmen unter der aktiven Beteiligung der Migranten eingerichtet und stetig ausgebaut. Dieser Prozess zeigt die deutliche Aufwärtsbewegung von einst als Gastarbeiter nach Deutschland geholten Einwanderern zu aktiven und unverzichtbaren Leistungsträgern im ökonomischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Wie Migranten auch den Kultursektor der Bundesrepublik Deutschland mitprägen, zeigt der Beitrag von Ahmet Sezer über das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei (DOMIT e.V.). DOMIT ist das erste Museum über die türkische Migration in Deutschland. Es wurde von 1990 von türkischen Migranten gegründet und hat sich zur Aufgabe gemacht, den Einwanderungs- und Integrationsprozess türkischer Einwanderer von nunmehr über vierzig Jahren zu

dokumentieren. Diese Initiative führt vor Augen, wie sehr die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auch die Geschichte der Einwanderung und seiner Einwanderer ist, mit allen seinen Erfolgen und Problemen.

Der letzte Beitrag von Handan Çetinkaya-Roos zeichnet das Engagement der Autorin für einen leukämiekranken Jungen aus der Türkei nach, für den sie in Deutschland Spenden für eine lebensrettende Operation gesammelt hat. Aus der Einzelaktion ist eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsinstitutionen in Deutschland und der Türkei geworden, deren Ziel der Aufbau einer Datenbank für Knochenmarkspender in Deutschland und der Türkei ist. Durch die Datenbank soll die oft lebensentscheidende Suche nach Knochenmarkspendern erleichtert bzw. erst ermöglicht werden, da aufgrund der unterschiedlichen Erbanlagen zwischen Deutschen und Türken in diesem Bereich zur Zeit große Probleme auftreten. Dieses Beispiel zeigt zum einen, wie weitreichend die Probleme sein können, die in einer zusammenwachsenden Einwanderungsgesellschaft auftreten, zum anderen stellt es - wie auch die anderen in diesem Heft zusammengestellten Beispiele - die ungeheure Bedeutung des Bürgerengagements der Betroffenen bei der Lösung dieser Probleme unter Beweis.

Manuel Romano Garcia, ADELANTE!, Netzwerk Spanischsprechender Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen e.V. (Münster)

Die Situation der spanischen Emigranten in Nordrhein-Westfalen

Die Migranten, insbesondere die älteren, befinden sich in Deutschland in einer besonderen Situation. Wir reden von bundesweit mehr als 400.000 Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr. Ca. 54.000 Spanier dieser Altersgruppe leben in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen sind es mehr als 30.000, die älter sind als 55 Jahre.

Schon Anfang der sechziger Jahre kamen die Spanier aus den Agrarregionen ihrer Heimat nach Deutschland, vor allem aus Andalusien, Galizien und Kastilien, also aus den Regionen, wo die Löhne niedrig waren und die Arbeitslosigkeit groß. In Deutschland fanden die Männer Stellen in der Schwerindustrie, im Bergbau und in der Bauindustrie. Die Frauen arbeiteten hauptsächlich in der Textilindustrie, im Dienstleistungsgewerbe und in Reinigungsunternehmen, in Bereichen, die wenig angesehen und schlecht bezahlt waren. Viele ältere Spanierinnen arbeiten noch heute in Reinigungsberufen, da die Renten den meisten zum Lebensunterhalt nicht ausreichen.

Neben der Flucht vor Arbeitslosigkeit und Armut war ein zentrales Motiv für die Emigration die Franco-Diktatur, die Ende 1975 mit dem Tod des Diktators endete. Außerdem war es den Spaniern wichtig, die Erziehung ihrer Kinder zu sichern. Sie selber hatten oft nur drei oder vier Jahre die Schule besucht, denn zu jener Zeit war die allgemeine Schulpflicht entweder nicht vorhanden oder sie wurde nicht erfüllt. Vor diesem Hintergrund der geringen Bildung ist es zu sehen, dass viele spanische Seniorinnen und Senioren sich noch heute mit der deutschen Sprache schwer tun, zumal Deutschland das Erlernen der Sprache nicht durch besondere Maßnahmen gefördert hat und die harte Arbeit den Spaniern wenig Zeit zur Eigeninitiative ließ. So wollten sie, dass wenigstens ihre Kinder in Deutschland eine bessere Ausbildung erhalten sollten als es in Spanien möglich gewesen wäre. Hierzu gründeten sie Elternvereine und kämpften mit großem Erfolg für die Integration und Förderung in den deutschen Schulen.

Für Deutschland stellten die Spanier in erster Linie Arbeitskräfte dar, eine junge und gesunde Gruppe, die für die deutsche Industrie und Gesellschaft hoch profitabel war, da sie von Beginn an Gewinne erwirtschafteten half und Steuern und Sozialabgaben zahlte, durch den Status als arbeitende "Gäste" mit kurzer Aufenthaltsdauer aber nie selber in den Genuss von Sozialleistungen kommen sollte.

Tatsächlich waren die meisten ArbeitsmigrantInnen gekommen, um ihre Existenz im Herkunftsland zu sichern oder wiederherzustellen. Dementsprechend wurde die gesamte Lebensführung auf das Ziel der Rückkehr ausgerichtet, eisern gespart, Geld in die Heimat überwiesen. Ein gutes Leben in Deutschland war in der Regel nicht das Ziel. Von Jahr zu Jahr jedoch wurde der Termin der Rückkehr immer weiter hinausgeschoben. Sie fürchteten in Spanien Reintegrationsprobleme und sahen angesichts ihres fortschreitenden Alters immer größere Schwierigkeiten, in der früheren Heimat Arbeit zu finden. Außerdem wollten sie die Ausbildung ihrer Kinder nicht unterbrechen.

Vieles spricht heute gegen eine endgültige Rückkehr dieser inzwischen gealterten Migranten der ersten Generation. Selbst wenn die Männer noch von der Idylle träumen, wieder in dem Dorf zu leben, wo sie aufgewachsen sind, um mit den Kindheitsfreunden in der Kneipe Karten zu spielen, müssen sie bei Besuchen in Spanien erkennen, dass viele Freunde entweder tot oder weggezogen sind, sei es nach Madrid, Barcelona Bilbao oder auch ins Ausland. Die Frauen können diese Träume ihrer Ehemänner vielfach von vornherein nicht teilen. Sie wollen nicht in der sogenannten Heimat leben, da ihnen die Umgebung fremd geworden ist und das Leben dort eine Trennung von den Kindern und Enkeln in Deutschland bedeutete. Spannungen zwischen den Ehepartnern sind häufig die Folge.

Auch die Kinder der inzwischen älter gewordenen Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sind, hegen keine Rückkehrwünsche. Zu fremd ist ihnen das Herkunftsland ihrer Eltern, das sie oft nicht anders kennen gelernt haben als viele deutsche Kinder, nämlich durch vier Wochen Urlaub im Jahr an der Mittelmeerküste. In die eigentliche Heimatgegend der Angehörigen der ersten Generation, die so genannte "Patria Chica" wollen die Kinder nicht einmal verreisen. Ihre Lebensplanung ist inzwischen auf die Bundesrepublik ausgerichtet. Und über zwei Drittel der in Deutschland geborenen Kinder haben bereits einen deutschen Elternteil.

Die Entfremdung vom Herkunftsland Spanien als Faktor gegen Rückkehrüberlegungen ist nicht zu unterschätzen: In Spanien haben sich die Verhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten radikal geändert. Die sozialen Beziehungen der Migranten sind verlorengegangen. So bin auch ich für meine andalusischen Nachbarn ein "alemán". Ich betone jedes Mal, dass ich aus La Mancha komme, und doch heißt es immer wieder: Da ist der "alemán". Zwar behauptet der Nachbar, er meine es nicht so. Aber genau so meint er es. Wir Migranten gehören nicht dazu, wir sind anders, wir denken anders, wir leben anders, haben andere Gewohnheiten, beispielsweise bezüglich der Freizeitgestaltung, dem Verhalten im Straßenverkehr, den Geräuschen und dem Klima. Das erklärt, warum einige Migranten nach Rentenanstritt selbst dann in Deutschland bleiben, wenn sie in Spanien Frau und Kinder haben: Sie verstehen sich mit ihrer Familie nicht mehr.

Weitere Hinderungsgründe für die Rückkehr sind gesundheitliche Überlegungen: Viele ältere Migrantinnen und Migranten sind – im Vergleich zur deutschen Altenbevölkerung – aufgrund eines durchschnittlich schlechteren Gesundheitszustandes auf eine qualifizierte medizinische Versorgung angewiesen. 49 % der spanischen Arbeiter haben mindestens einen Unfall erleiden müssen. Zwar gibt es in Spanien eine allgemeine medizinische Versorgung, diese hat aber einen schlechten Ruf und ist auch nicht flächendeckend vorhanden. Eine freie Arztwahl gibt es nicht, vielmehr muss man den Haus- oder Facharzt besuchen, den die Versicherung bestimmt. Dazu kommen lange Wartelisten, vor allem für Operationen. Vielfach kann man sich nur auf eigene Kosten in der gewünschten oder angemessenen Zeit operieren lassen, doch hierfür würden den meisten Migranten die Finanzmittel fehlen. Ein deutliches Zeichen für diese Missstände im spanischen Gesundheitssystem ist die Kritik der katalanischen Regierung an den anderen spanischen "Autonomías" (Bundesländern), weil immer mehr alte Menschen aus anderen Gebieten Spaniens und aus dem Ausland nach Katalonien kommen, um die dortigen Krankenhäuser in Anspruch zu nehmen. Nicht zuletzt dürfte somit die Angst vor dem Verlust eventueller sozial-rechtlicher Leistungsansprüche, insbesondere der Leistungen der Pflegeversicherung, die Migranten an der Rückkehr hindern.

Auch die finanziellen Migrationserwartungen haben sich vielfach nicht erfüllt, die angestrebten Sparziele wurden nicht erreicht. Einige Migranten sind gezwungen, nach Spanien zurückzukehren, weil ihre niedrige Rente für ein Leben in Deutschland nicht reicht, sie aber in ihrer alten Heimat noch eine Wohnung haben. Andere fürchten, auch in Spanien nicht über die Runden zu kommen, da dort die Lebenshaltungskosten

ebenfalls gestiegen sind und eine Inanspruchnahme von Sozialhilfe nicht möglich ist. Es wäre wünschenswert, den Migranten in Deutschland eine Rente zu garantieren, die mindestens auf dem Niveau der Sozialhilfe ist.

Insgesamt kann man bei den spanischen SeniorInnen davon ausgehen, dass nur ein Drittel nach Spanien zurückkehrt, ein weiteres Drittel in Deutschland bleibt und das letzte Drittel zwischen den beiden Ländern hin und her pendelt. Dies ist natürlich nur möglich, solange die Betroffenen gesund sind und sich die Reisen finanziell leisten können. Wenn man bedenkt, dass die Renten bei den Frauen in der Regel unter 1000 DM im Monat und bei den Männern etwa bei 1.200 bis 1.400 DM liegen, kann man sich leicht vorstellen, dass dem Pendeln enge Grenzen gesetzt sind. Viele Rentner können nicht einmal die 430,- DM Eigenbeteiligung für 14 Tage von der spanischen Regierung mitfinanzierten Urlaub aufbringen.

Perspektiven: ¡Adelante!: Netzwerk spanisch sprechender Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen e.V.

Die Tatsache, dass so viele spanische Migranten in Deutschland bleiben, macht es notwendig, ihre stärkere gesellschaftliche Integration voranzutreiben. Hierzu muss soziale, politische und kulturelle Stadtteilarbeit geleistet werden, es müssen gesellschaftliche Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden; insbesondere erscheint es sinnvoll, die Freizeitgestaltung und Erwachsenenbildung zu fördern. Es müssen integrative Angebote entwickelt werden, die geeignet sind für eine Teilnahme von SeniorInnen aller Ethnien, überkonfessionell und überparteilich. Zwar gibt es Hunderte von Seniorentreffs überall in Deutschland, aber nur wenige erfüllen die vorgenannten Bedingungen. Damit ausländische Senioren jedoch tatsächlich einen Seniorentreff besuchen, müssen sie gezielt angesprochen werden.

Eine Initiative in der Seniorenarbeit, die das versucht, ist ¡Adelante!: Netzwerk spanisch sprechender Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen e.V. Es wurde Ende März 1997 gegründet und ist inzwischen in mehreren Städten vertreten, so z. B. in Remscheid, Köln, Duisburg, Oberhausen, Mönchengladbach, Mülheim a. d. Ruhr, Essen und Münster. Der Vorstand wurde zuletzt am 27. Mai 2001 durch 52 Frauen und Männer gewählt; er setzt sich nun zusammen aus drei Frauen und drei Männern aus Duisburg, Köln, Mönchengladbach, Münster und Remscheid.

Das Netzwerk wird vom Land Nordrhein-Westfalen als Selbsthilfegruppe spanischsprachiger Seniorinnen und Senioren finanziell unterstützt. So konnten vierzehn Wochenend-Bildungsseminare auf Landesebene durchgeführt und Aktivitäten der einzelnen Ortsgruppen gefördert werden. Die Beteiligung der Seniorinnen und Senioren war von Seminar zu Seminar zahlreicher. Vor allem die Frauen, die bislang kaum die Möglichkeit gehabt hatten, an Bildungsveranstaltungen teilzunehmen, sahen die Notwendigkeit, solche Seminare zu besuchen. Zu den Referenten gehörten ein bekannter Politologe der Universität Münster, Psychologen, Soziologen, Sozialpädagogen, Theaterwissenschaftler und Journalisten.

Unser Netzwerk ist der Ansicht, dass eine Integration lange in den Betrieben stattgefunden habe, denn die Belegschaft war multikulturell. So war man gezwungen, mit Kollegen unterschiedlicher Nationalität zusammenzuarbeiten. Nicht selten entwickelten sich dabei Freundschaften zwischen Deutschen und Spaniern, doch viele davon überdauerten den Austritt aus dem Berufsleben nicht. Also stellte sich die Frage nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung umso dringender.

Seniorentreffs, sportliche und kulturelle Angebote sind wünschenswert. Doch an den Aktivitäten der deutschen Senioren teilzunehmen, ist für uns Spanier oft sehr schwierig. Denn die deutschen Organisationen sind vielfach nicht auf den Umgang mit Migranten eingestellt. Sie informieren ihre Interessenten in erster Linie über die Presse und erreichen auf diese Weise viele Migranten wegen der fehlenden Sprachkenntnisse nicht. Also diskutierten wir Betroffenen dieses Problem und erarbeiteten Vorschläge, wie deutschen Organisationen helfen können, uns zu berücksichtigen. Wir wollen uns über Öffentlichkeitsarbeit bekannter machen und so andere Organisationen ermutigen, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Außerdem wollen wir die Gründe bekannter machen, warum wir nicht nach Spanien zurückkehren können und wollen. Wie wir uns früher an den Schulen für die Integration unserer Kinder eingesetzt haben, müssen wir heute Informationsarbeit bei Politik und Gesellschaft leisten, um sie zu überzeugen, dass wir auch Integration in allen Altenhilfeeinrichtungen haben möchten. Denn wir haben seit mehr als drei Jahrzehnten in Deutschland gearbeitet und sollten hier auch den letzten Abschnitt unseres Lebens verbringen können, ohne isoliert zu werden.

Dabei möchten wir aber nicht betreut werden, wir möchten nicht, dass uns jemand an der Hand nimmt und uns sagt, was wir brauchen, wie er für uns dies oder jenes

erreichen könnte. Wir wollen lediglich, dass man uns bildet, aufklärt und hilft, damit wir selber verantwortliche Bürger werden und unser Leben gestalten.

Die Ausländerbeiräte, die in der Gemeindeordnung verankert sind, sind gut und wichtig. Sie sollten aufgewertet werden als eine wichtige Vertretung gegenüber der Politik auf allen Ebenen, solange Migranten kein Wahlrecht haben. Das sollte aber nicht so weit gehen, dass sie die Alleinvertretung übernehmen für die Probleme der Kinder, der Eltern, der Jugendliche und der Senioren.

Wir möchten über unsere Situation selbst informieren, möchten Verbesserungsvorschläge vorbringen und unsere Seniorenorganisationen als Partner der anderen Seniorenorganisationen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene anerkannt wissen. Es ist an der Zeit, die Partizipation aller Senioren – auch der nichtdeutschen – an allen den Gremien zu ermöglichen, die sich mit Altenarbeit, Altenhilfe und Betreuung befassen.

Ercüment Toker, Geschäftsführer IFAK e.V. (Bochum)

Was ist die IFAK?

Die IFAK e.V., Multikulturelle Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit, ist eine Selbstorganisation von Zuwanderern und Einheimischen auf kommunaler Ebene. Der Verein ist Träger von mehreren Einrichtungen, Projekten und Maßnahmen im Bereich der interkulturellen Kinder- und Jugendhilfe und der Migrationssozialarbeit in verschiedenen Bochumer Stadtteilen.

Die IFAK e.V. ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen und seit 1975 staatlich anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Auf kommunaler Ebene ist die IFAK e.V. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Tür in Bochum (AGOT).

Gegründet wurde der Verein 1974 als ehrenamtliche Initiative von Lehrern und Schülern eines Bochumer Gymnasiums. Hintergrund war seinerzeit der verstärkt einsetzende Familiennachzug von Angehörigen ausländischer Arbeitnehmer nach dem Anwerbestopp. 1996 wurde der IFAK-Kindergarten e.V. als Trägerverein von Tageseinrichtungen für Kinder gegründet.

Bis heute hat sich die IFAK e.V. zu einer Organisation entwickelt, in der sowohl Mitgliedschaft und Vorstand als auch die Teams der einzelnen Einrichtungen multiethnisch besetzt sind. Diese verfolgen alle einen interkulturellen Arbeitsansatz und damit das gemeinsame Ziel, ein von Toleranz und Akzeptanz geprägtes Neben- und Miteinander von Zuwanderern und Einheimischen zu fördern. Satzungszweck ist die Förderung multikulturellen Zusammenlebens und Handelns, die Stärkung der Migrantenbevölkerung sowie der Abbau von Benachteiligungen.

Ende der 70er Jahre zählte die IFAK nach Archivunterlagen 107 ehrenamtliche MitarbeiterInnen, die in sieben Stadtteilen überwiegend zur schulischen Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien aktiv waren. Im Jahr 2001 kamen wir auf die gleiche Zahl von MitarbeiterInnen, die Relationen sind jedoch anders. Wir haben heute ca. 65 haupt- und nebenamtliche MitarbeiterInnen und ca. 35 Ehrenamtliche bzw. Freiwillige.

Während im letzten Jahrzehnt die ehrenamtliche und freiwillige Arbeit die wesentlichen Formen des Engagements waren, verbindet die IFAK heute verschiedene Formen des bürgerschaftlichen Engagements, nämlich die Selbsthilfe, die ehrenamtliche Arbeit, die freiwillige Arbeit sowie die von haupt- und nebenberuflichen Kräften durchgeführten Dienste. Durch die Unterstützung anderer Selbstorganisationen von MigrantInnen sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen engagierten Gruppen werden der Selbsthilfeansatz und die ehrenamtliche Arbeit um ein Vielfaches gestärkt und erweitert. Die Beteiligung und das Engagement von MigrantInnen in der IFAK sind in den letzten 15 Jahren stetig gewachsen und haben damit die Selbstorganisation und den Selbsthilfecharakter des Verbandes deutlich nach vorne gebracht.

Aktuell haben von 105 Mitgliedern etwa 60% einen Migrationshintergrund; darunter sind auch fünf der sieben Vorstandsmitglieder. Von den ca. 65 haupt- und nebenberuflich Beschäftigten sind ebenfalls über 60% MigrantInnen, bei den ehrenamtlich Tätigen sind es etwa 40%. Der Anteil der Frauen unter den Beschäftigten liegt bei 65%. Über 35% der Arbeitsplätze sind Teilzeitstellen. Ein nicht unwesentlicher Teil der Haupt- und Nebenberufler identifiziert sich so stark mit den Vereinszielen, dass er eine nicht zu unterschätzende freiwillige Arbeit leistet, deren Umfang jährlich bis zu 30% der entlohnten Arbeit erreicht. Mit diesem Potential hält die IFAK insgesamt 21 Einrichtungen, Projekte und Maßnahmen in den Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Einwandererfamilien bereit, die jede Woche von rund 1.600 bis 2.000 Personen genutzt und angenommen werden.

Heute unterstützt die IFAK nach Kräften die Selbstorganisation in Bochum. Selber unterhält sie einen Treffpunkt für Familien und Senioren, drei Frauentreffpunkte und in vier Stadtteilen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. In zwei Stadtteilen bietet sie Senioren- und Sozialberatung an. Daneben gibt es zentral eine Familienberatungsstelle, die der allgemeinen Förderung der Erziehung dient und Migranten in Trennungs- und Scheidungssituationen berät. Auch der Flüchtlingssozialdienst ist zentral geregelt. Die IFAK macht mehrsprachige Informationsangebote, führt Maßnahmen zur Frauen- und Umweltbildung sowie Sprachkurse durch und organisiert in mehreren Stadtteilen kulturelle Angebote wie Theater, Musikveranstaltungen, Lesungen, Ausstellungen und mehrsprachige Feste. In Kooperation mit anderen Institutionen beteiligt sie sich an kommunalpolitischen Diskussionsreihen zu Migrations- und Integrationsfragen. Sie führt Einbürgerungskampagnen. MigrantInnendliche werden über die Straßensozialarbeit

zu erreichen versucht. Die IFAK hat an zwei Schulen in der Sekundarstufe I interkulturelle Schülerklubs eingerichtet, fördert an fünf Grundschulen Schulkooperationsmaßnahmen und betreibt in zwei Kindergärten Erziehung im Elementarbereich. In allen Stadtteilen organisiert der Verein schulische Förderung, Hausaufgabenhilfen, Prüfungshilfen und Hilfen beim Schreiben von Bewerbungen. Außerdem laufen in drei Stadtteilen befristete Projekte gegen Rassismus.

Diese grobe Skizzierung der Tätigkeitsfelder zeigt, dass die IFAK versucht hat und versucht, vielseitig, bedarfsorientiert und ganzheitlich ein Sozialnetz aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln.

Die Entwicklungsgeschichte des Vereins von einer Lehrer-Schüler-Initiative zur multikulturellen Selbstorganisation ist nicht unbedingt typisch, weil viele solcher Initiativen aus den 70er Jahren heute nicht mehr existieren. Die zurückliegenden 27 Jahre sind zugleich die Geschichte eines nachhaltigen bürgerschaftlichen Engagements in seinen unterschiedlichsten Formen sowie die Geschichte des stetigen Wandels dieses Engagements.

Doch neben dem Blick auf die erfolgreiche Entwicklung müssen auch die verbleibenden Schwierigkeiten gesehen werden. Wer sich als Einwanderer und Selbstorganisation in der Kommune und ihren Stadtteilen engagiert, der arbeitet sozusagen an der Front. Einwandererdasein und bürgerschaftliches Engagement sind oft nicht einfach miteinander zu verbinden. Denn Einwanderer sind in ihrer Mehrheit keine Bürger und werden vielfach auch nicht als Bürger akzeptiert. Es gibt strukturelle Konfliktpotentiale, wenn Einwanderer und ihre Organisationen mit dem bürgerschaftlichen Engagement ernst machen, wenn sie gegenüber Politik und öffentlicher Verwaltung – gerade auf kommunaler Ebene – ihre Bürgerrechte, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung einfordern.

In der Debatte um das bürgerschaftliche Engagement werden der "aktivierende Staat" und die "ermöglichende öffentliche Verwaltung" gefordert. Auf der kommunalen Ebene sind wir hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten von diesen Idealen noch Jahrzehnte entfernt.

Das Engagement und die Selbsthilfe von MigrantInnen in den Stadtteilen wird akzeptiert, wenn sie relativ geschlossen ihr eigenes Dasein pflegen. Sie erfahren sogar nicht selten offene Türen, wenn sie an den richtigen Stellen freundlich um finanzielle oder materielle Unterstützung bitten. Aber sie werden als störend empfunden, wenn

sie Diskriminierungen anprangern und die gleichberechtigte Teilhabe von Einwanderern fordern. Dann machen sie neue Ausgrenzungserfahrungen.

Die Engagierten müssen also darauf gefasst sein, mit unterschiedlichsten Erscheinungsformen des alltäglichen Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit konfrontiert zu werden und auf den verschiedenen Ebenen der Politik, in der Verwaltung und auch bei den Nachbarn ihrer Einrichtungen auf Vorurteile zu stoßen. Sie müssen lernen, diese zu überwinden. Weil die kleinen Fortschritte, die sie bewirken, von der Politik mit einem Schlag zunichte gemacht werden können, müssen sie lernen, mit Rückschlägen umzugehen. Insgesamt brauchen sie eine hohe Frustrationstoleranz.

Aber auch innerhalb von Migrantorganisationen gibt es Schwierigkeiten, zumal wenn sie nicht homogen, sondern multikulturell sind. Vielfach ist auch hier ein Schwarz-Weiß-Denken verbreitet, ein Denken in ethnischen und nationalen Kategorien, das "die Deutschen" für Probleme verantwortlich macht. Die geringe Bereitschaft zu Reflexion und Selbstkritik verkompliziert hier die Suche nach konstruktiven Lösungsvorschlägen.

Wenn sich aber Einwanderer und Einheimische in Selbstorganisationen zusammenschließen und gemeinsam am Ziel des gleichberechtigten Neben- und Miteinanders festhalten, auf mögliche Hemmnisse vorbereitet sind und Entwicklungen vorausschauend beobachten, dann können sie wirkliche Veränderungen und Verbesserungen erreichen, dann kann das bürgerschaftliche Engagement Erfolge verbuchen. Die Entwicklungsgeschichte der IFAK e.V. ist dafür durchaus ein Beleg.

Unserer Ansicht nach haben verschiedene Gründe zu den Erfolgen beigetragen. Jede Selbstorganisation von MigrantInnen muss sich zunächst fragen, ob und wie ihr Anliegen zur richtigen Zeit auf dem richtigen Weg an die richtige Adresse vermittelt werden kann. Ein wesentlicher Aspekt ist, dass die IFAK e.V. als multikulturelle Organisationen offenbar bessere Potentiale bei der Schaffung und Öffnung von Zugängen hat als homogene Migrantenselbstorganisationen. Der Verband hat einerseits Zugang zu Informationen und Kontakt zu Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung sowie zur allgemeinen Öffentlichkeit der Mehrheitsgesellschaft. Andererseits ist er der Migrantenbevölkerung in den Stadtteilen verbunden, dient deren Interessenvertretung und der kulturellen, sozialen, religiösen und sonstigen Selbstorganisation. Der IFAK ist es offensichtlich im Verlauf von über 25 Jahren

immer wieder gelungen, die Schnittstellen der gegenseitigen Interessenlagen der Kommunalpolitik und der Migrantenbevölkerung rechtzeitig aufzuspüren und aufzugreifen. Ein neueres Beispiel hierfür ist die Einrichtung von zwei multikulturellen Kindergärten. Die Kommune hatte ein starkes Interesse und die gesetzliche Verpflichtung, die Versorgungssituation für die Kinder aus Einwandererfamilien zu verbessern. Die IFAK hat ein Konzept entwickelt und Politik und Verwaltung überzeugen können, dass die Einrichtung von Kindergärten unter der Trägerschaft der IFAK in zwei Stadtteilen sinnvoll sei.

Ein weiterer Erfolgsfaktor war die durchweg gelungene Vernetzung des Vereins in die vorhandene kulturelle Infrastruktur der Jugendhilfe, der Sozialplanung, der Kultur und der Schule. Dadurch wird der Integrationswille des Vereins konkret erfahrbar. Auf formellen wie informellen Wegen erfährt der Verein bzw. das jeweilige von der IFAK vertretene Anliegen Unterstützung von Personen unterschiedlicher politischer Richtungen, die auch für ein gleichberechtigtes Miteinander eintreten. Denn im konkreten Aushandlungs- und Gestaltungsprozess gibt es genau so wenig "die Deutschen" wie es "die Migranten" gibt. Diese auf beiden Seiten der ethnischen Grenzziehung vorhandenen Denk- und Handlungsmuster sind zu überwinden.

Mustafa Cözmez, Betriebsrat und Aufsichtsratsmitglied der Ford Werke AG (Köln)

Betriebliche Partizipation und Integration am Beispiel der Ford-Werke Köln

Die Einwanderung

Das Thema dieser Ausführungen ist die betriebliche Partizipation und Integration von ausländischen Mitbürgern am Beispiel der Ford Werke. Dies ist naheliegend, da in diesen Werken viele Tausend ausländische Mitbürger beschäftigt sind.

Zunächst einmal sollte man die historische Entwicklung betrachten und sich dabei im Wesentlichen mit den Fragen beschäftigen, woher die Arbeitskräfte stammen, wie sie nach Deutschland kamen und welche Schwierigkeiten sie hatten.

Zur Entwicklung der Ausländerbeschäftigung ist zu bedenken, dass zwischen 1955 und 1968 unter anderem mit Italien, Spanien, Griechenland, Marokko, Portugal, Jugoslawien und der Türkei Anwerbeabkommen über Arbeitskräfte geschlossen wurden. Die Ausländerbeschäftigung stieg in diesen Jahren von 80.000 auf 2,6 Millionen im Herbst 1973. Arbeitskräfte aus der Türkei wurden von Oktober 1961 bis Anfang der 70er Jahre angeworben, im dritten Quartal 1973 wurde das Abkommen gelöst. Jeder Interessent musste sich in einem Heimatland einer gründlichen Untersuchung unterziehen. Nur wer jung und gesund war, bekam überhaupt die Chance, nach einem gezielt entwickelten Plan einem deutschen Arbeitsplatz zugewiesen zu werden. Schwerpunkte bildeten hierbei der Stahlbau, die Gießerei, der Bergbau, die Bauindustrie und die Autoindustrie. Allein zu Ford kamen auf diese Weise 11.200 türkische Arbeitskräfte. In dieser Zeit wurden viele der jungen Ausländer in Wohnheimen untergebracht, deren Zustand oft sehr zu wünschen übrig ließ. Die privaten Wohneigentümer waren zurückhaltend mit der Vermietung an Ausländer. So wurden Integration und Partizipation schon durch die Form der Unterbringung erschwert.

Tabelle 1: Ausländerbeschäftigung bei den Ford Werken

Beschäftigtenzahl der Ford Werke AG Anfang der 70er Jahre:	53,400
Standort Köln:	34,100
Ausländer in der AG:	15,000
Davon Türken:	11,000

Im Betrieb waren diese Menschen im wahrsten Sinne des Wortes nur Arbeitskräfte. Sie waren den deutschen Kollegen nicht gleichgestellt. Sie konnten nicht mitreden, weil sie die Sprache nicht beherrschten, und viele konnten die Sprache nur schwer erlernen, weil sie Analphabeten waren. Sie durften bei den Wahlen zum Betriebsrat nicht teilnehmen, weil das Gesetz es nicht erlaubte. Sie konnten ihren kulturellen Gewohnheiten nicht nachgehen. Alles war fremd für sie. Oft hatten sie ihre Familien in ihrer Heimat zurücklassen müssen. Die meisten ausländischen Arbeitskräfte wurden nur zur Produktion, zu schmutziger und unqualifizierter Arbeit und im Schichtdienst eingesetzt.

Heute können die ausländischen Arbeitskräfte die deutsche Sprache sprechen, arbeiten im Betrieb auch auf Führungsebenen, sogar als Manager, haben im Betrieb aktives und passives Wahlrecht (nach der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972), sind im Betriebsrat vertreten, verfügen über Mandate in Kontrollorganen wie dem Aufsichtsrat und besitzen Wohnungen oder sogar Ein- oder Mehrfamilienhäuser. Damalige Arbeitnehmer sind heute Arbeitgeber und beschäftigen fast 100.000 Menschen. Sie leiden allerdings weiterhin unter der gesetzlichen Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern.

Im Grunde war man sich nie darüber einig, wie man diese Arbeitskräfte letztlich bezeichnen sollte. Im Laufe der Jahrzehnte wurden unterschiedliche Begriffe geprägt. Zunächst war die Rede von "Gastarbeitern", dann sprach man auf einmal von "Ausländern", dann tauchte der Begriff der "Emigranten" auf, und schließlich kam man sogar zu der Erkenntnis, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland sei und man diese Arbeitskräfte als Mitbürger ansehen sollte.

Dieses begriffliche Verwirrspiel hat auch zur Störung von betrieblicher Partizipation und gesellschaftlicher Integration beigetragen. Ein zufriedener Mensch, der Chancengleichheit in der Gesellschaft sieht, bemüht sich um Integration und

Partizipation. Umgekehrt lässt sich ein Mensch nur schwer oder überhaupt nicht integrieren, wenn in der öffentlichen Diskussion über ihn polarisiert wird.

Integrationsmaßnahmen für die ausländischen MitarbeiterInnen bei Ford

Zu den Integrationsmaßnahmen für die ausländischen MitarbeiterInnen bei Ford gehörte die Einrichtung einer Stelle für Ausländerfragen im Werk. Mit teilweise landessprachenspezifischer Betreuung trägt sie zur Lösung vielfältiger allgemeiner Probleme bei, die von der Arbeitserlaubnis bis zur Wohnungssuche, von der Sprache bis zur Familienzusammenführung reichen.

Zu Beginn der 70er Jahre führten Sprachprobleme noch dazu, dass die ausländischen Mitarbeiter Schwierigkeiten beim Buchen von Reisen in ihre Heimat hatten und oftmals verspätet zu ihren Arbeitsplätzen zurückkehrten. Diese Schwierigkeiten schaffte Ford aus der Welt, indem das Unternehmen Busse, Züge oder Flüge für Heimreisen in die Türkei organisierte.

Um einen längeren Zeitraum Urlaub für ausländische Mitarbeiter zu ermöglichen, wurde in den Schulferien das so genannte 1 – 4 – 1 – System eingeführt. Demnach gibt es vier Wochen Kernurlaub für alle. Jeweils eine Woche davor und eine Woche danach wird mit nur einer Schicht produziert, die andere Schicht hat schon oder noch frei.

Daneben dienen verschiedene Maßnahmen dazu, die Pflege von kulturellen Bräuchen zu ermöglichen. Beteten gläubige Muslime anfangs in den Pausen in den Pausenecken, wurden inzwischen Gebetsräume eingerichtet, in denen sie ihren religiösen Verpflichtungen nachkommen können. Und am Ende der Fastenzeit besteht nun die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Ramadangebet.

Darüber hinaus wurden sowohl in der Arbeitszeit als auch außerhalb Deutschkurse für Beschäftigte angeboten. Deutsch sprechenden Mitarbeitern wurden zudem Dolmetscherzulagen gewährt, um die Motivation zu erhöhen. Insbesondere in den Personalbüros und in den Büros des Betriebsrates wurden Dolmetscherstellen eingerichtet und so betriebsinterne Absprachen und Gespräche mit den Mitarbeitern überhaupt erst ermöglicht oder doch zumindest erleichtert. Betriebsversammlungen werden auch auf Türkisch gehalten, um Missverständnisse zu vermeiden, und Infoblätter des Betriebes erscheinen in mehreren Sprachen.

Doch nicht nur auf sprachlichem Gebiet wurden Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt; durch interne Qualifizierungskurse konnten sich geeignete ausländische Mitarbeiter auch zum Industriemeister fortbilden lassen. Und seit 1972 existiert das System, ausländischen Mitarbeitern so genannte Patenzulagen zu zahlen, wenn sie ihrerseits ausländische Kollegen anlernen. Ende 1995 hat eine neue Qualifizierungsoffensive im Werk begonnen, durch die unter anderem Sprach- und Computerkenntnisse vermittelt werden. Auch besteht für die Mitarbeiter die Möglichkeit, einen Hochschulabschluss nachzuholen. Unter den Teilnehmern an dieser Offensive beträgt der Ausländeranteil 75%, darunter bilden die Türken mit 60% von allen Teilnehmern die größte Gruppe. Insofern ist die Ford-Qualifizierungsoffensive eine erfolgreiche Maßnahme zur beruflichen Integration ausländischer Mitbürger, die als problematische Gruppe am Arbeitsmarkt gelten.

Noch relativ jung ist auch das Diversity-Programm, in dem Mitarbeiter aus verschiedenen Kulturen vorgestellt und ihre Probleme aufgezeigt werden. So soll die Vielfalt innerhalb des Betriebes als Bereicherung erkannt und Diskriminierungen vorgebeugt werden.

Einen besonderen Beitrag zu Integration und Partizipation wird durch die Interessenvertretung, den Betriebsrat und die IG Metall geleistet. Die gewerkschaftlichen Strukturen bieten eine Plattform zur Meinungsbildung aller Beschäftigten. Eventuell auftretende Probleme lassen sich hier durch Diskussion lösen, Fälle von Diskriminierung beseitigen.

Dazu ist der Betriebsrat demokratisch legitimiert. Jeder Bereich des Betriebes mit mehr als fünf Beschäftigten wählt alle vier Jahre in geheimen Wahlen eine Vertrauensperson. Die Gruppe der Vertrauensleute wiederum bestimmt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Der Vertrauensmann oder die Vertrauensfrau jeder Abteilung nimmt an der wöchentlichen Sitzung der Vertrauensleute teil, wo über betriebliche, gewerkschaftliche sowie politische Themen gesprochen wird. Außerdem können Vertrauenspersonen sich in gewerkschaftlichen Schulungen weiter qualifizieren. Bei jeder dieser Veranstaltungen bringen sie die Meinung der Kolleginnen und Kollegen und die Probleme aus ihrem Bereich ein und nehmen Informationen für ihre Abteilungen mit.

Zukunftsperspektiven

Über 65% der jungen Nicht-Deutschen verlassen die Schule entweder ganz ohne Abschluss oder erreichen nur einen Hauptschulabschluss. Darum muss die Qualifizierung im Betrieb fortgesetzt werden. Das Unternehmen will an erfolgreichen Maßnahmen auch zukünftig festhalten und die Mitarbeiter bei der Einführung neuer Arbeitsprozesse und -methoden zu Wort kommen lassen. Leistungseingeschränkte Mitarbeiter sollen wieder in den Produktionsprozess integriert werden. Insgesamt will Ford den Diversity-Gedanken weiterentwickeln und von der Vielfalt profitieren. Und nach außen hin will das Unternehmen zu gewissen politischen Themen, beispielsweise zur rechtsextremistischen Gewalt in Deutschland, Position beziehen.

Ahmet Sezer, Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e.V., DOMiT (Köln)

Entstehungsgeschichte des Dokumentationszentrums DOMiT

Am 30. Oktober 2001 jährte sich der Tag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei bereits zum 40. Mal. Im Oktober 1961 wurde das erste Arbeitskräfte-Anwerbeabkommen mit der Türkei geschlossen. Seither leben und arbeiten Türken mittlerweile in dritter Generation hier. Ihre Zahl beträgt ca. 2,5 Millionen. In mehr als 40 Jahren hat sich eine ethnisch-kulturelle Minderheit von "De-facto-Deutschen türkischer Herkunft" (Hakki Keskin) entwickelt. Aus dem "Gastarbeiter", der vor vierzig Jahren nach einem strengen Auswahlverfahren zunächst für eine vorübergehende Beschäftigung nach Deutschland kam, ist heute ein Rentner, ein Student, ein Bundestagsabgeordneter, Unternehmer, Fabrikarbeiter, Kabarettist, Schauspieler, Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger geworden. Der erste Arbeitsvertrag, der für zwei Jahre abgeschlossen war, wurde immer wieder verlängert. Aus einer Aufenthaltserlaubnis, die nur für ein Jahr gültig war, ist vielfache eine Aufenthaltsberechtigung geworden. Einige dieser Migranten haben sich einbürgern lassen. In den vergangenen 40 Jahren ist aus der fremden *Almanya* die Wahlheimat geworden. Die Sprache, die zunächst nur mittels eines Dolmetschers zu verstehen war, spricht man nun selber täglich.

Die Entwicklung von der Anwerbung türkischer Arbeitskräfte zu einem De-facto-Einwanderungsland ist inzwischen Geschichte und muss festgehalten werden. Die Idee, die eigene Geschichte zu erforschen, zu dokumentieren, zu präsentieren und zu veröffentlichen, entstand am Ende der achtziger Jahre. Einige lokale Vereine sammelten Dokumente über die Geschichte der türkischen Migration, und unter türkischen Wissenschaftlern und Multiplikatoren wurde die Einrichtung eines zentralen Archivs diskutiert. Schließlich entstand aus dieser Diskussion ein Initiativkreis, der dann im Dezember 1990 DOMIT, das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e.V., offiziell gegründet hat.

Ein Dokumentationszentrum erscheint zum einen sinnvoll, weil Zuwanderer die Möglichkeit erhalten müssen, ihre Geschichte den nachfolgenden Generationen erfahrbar zu machen, und weil umgekehrt die jungen Migrantengenerationen die Möglichkeit erhalten, die Geschichte ihrer Vorfahren zu erfahren. Zum anderen soll

der deutschen Öffentlichkeit über eine Geschichtspräsentation ein umfassender Zugang zur Erfahrungswelt der Migranten ermöglicht werden, um interkulturelle Verständigung überhaupt erst zu ermöglichen.

Ziele und Aufgaben von DOMIT

Hauptanliegen von DOMIT ist es, historisches Gedächtnis der Migration aus der Türkei zu sein. DOMIT sammelt Dokumente und Materialien, die die Migration aus der Türkei seit den 50er Jahren und insbesondere nach der Anwerbevereinbarung aus dem Jahre 1961 veranschaulichen. Dazu zählen Druckerzeugnisse, Fotos, Filme, Tonaufnahmen, Beiträge der "Oral History" und Gegenstände des täglichen Lebens. Oft sind das Dinge, die normalerweise bei einem Umzug oder wegen Platzmangels weggeworfen werden: Die ersten Reiseunterlagen, der Koffer, der Kochtopf aus dem Wohnheim, das erste Radio, Tonbänder, Kassetten oder der gebraucht gekaufte erste Fernseher, der Arbeitsvertrag und die Fotos, die im Wohnheim, im Park oder am Arbeitsplatz gemacht wurden. Bedeutend ist weiter, was in den Archiven der Unternehmen und Institutionen ruht, was die Vereine der Migranten gemacht haben, sowie Projekte, die Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt, die Volkshochschulen oder die Gewerkschaften mit den Migranten gemeinsam oder für sie durchgeführt haben. Wichtig ist auch alles das, was in den vielen Jahren über die Migration aus der Türkei geschrieben oder aufgezeichnet worden ist, was den Migranten in diesem Land als "Ausländer" oder in der Türkei als "Deutschländer" passiert ist – und nicht zuletzt, was im Gedächtnis geblieben ist.

Neben der umfassenden Dokumentation der Migration aus der Türkei möchte DOMIT das historische Erbe der Migranten bewahren, die Dokumentation und das Archiv den kommenden Generationen, der Forschung, den Medien und der Öffentlichkeit zugänglich machen, Projekte zur Migrationsforschung durchführen, Veröffentlichungen publizieren und Seminare, Tagungen, Ausstellungen, Diavorträge und Lesungen veranstalten. Langfristig arbeitet DOMIT darauf hin, eine ständige Einrichtung zu etablieren, in der sowohl Archiv-, Arbeits- und Konferenzräume als auch ein Museum vorhanden sein sollen. Außerdem sollen dort Ausstellungen verschiedener Art zum Thema Migration stattfinden.

Organisationsform und Finanzierung von DOMIT

DOMIT ist als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Köln organisiert. Zu den zentralen Gremien gehören der fünfköpfige Vorstand, der Sprecherkreis aus drei Vorstandsmitgliedern, der Förderbeirat, in dem Personen sitzen, die die Ziele von DOMIT unterstützen und aktiv fördern, und der Wissenschaftliche Beirat, dem Wissenschaftler und Experten angehören, die im Bereich der Migration arbeiten.

Bei seinen Arbeiten macht DOMIT keine religiösen oder ethnischen Unterschiede. Es ist auch nicht Aufgabe des Vereins, die Dokumente und verschiedenen Quellen zu interpretieren. Aus der Türkei werden nur Materialien archiviert, die einen Bezug zum Thema Migration haben. Vereine und ähnliche Einrichtungen dürfen nicht Mitglied von DOMIT werden; es werden nur natürliche Personen aufgenommen. Gegenüber offiziellen deutschen und türkischen Stellen bleibt DOMIT unabhängig. Die Zusammenarbeit erfolgt nur in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien von DOMIT und auf gleichberechtigter Basis.

Finanziert wird DOMIT durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Leistungsentgelte.

In einem Gutachten der Stiftung "Haus der Geschichte" heißt es über DOMIT:

"Die Integration von den in Deutschland geborenen und lebenden Ausländern ist zweifellos eine der großen Herausforderungen unserer Gegenwart. Die Frage ist nicht mehr, ob wir eine multikulturelle Gesellschaft wollen, sondern wie wir diese sich entwickelnde Gesellschaft weiter ausgestalten können. Die ehrenamtlich geleistete Arbeit von DOMIT hat einen wichtigen Bestand archivarischer und musealer Objekte unserer gemeinsamen Geschichte zusammengetragen. Es hat damit eine Aufgabe übernommen, die im öffentlichen Interesse liegt und für deren Fortsetzung gesorgt werden muss. Es ist an der Zeit, das Dokumentationszentrum in seinem Bestand zu sichern und auszubauen als ein umfassend angelegtes Informationszentrum und Museum zur Migration aus der Türkei."

Handan Çetinkaya-Roos (Köln)

"Hilfe für Özcan": Eine Hilfsaktion für einen schwerkranken Jungen aus Antalya als Initial einer deutsch-türkischen Kooperation

1. Die Aktion "Hilfe für Özcan"

1.1. Die Familie Kusbas

Die Familie Kusbas lebte in Antalya/Türkei in einfachen Verhältnissen. Der jüngere der beiden Söhne, der fünfjährige Özcan, war seit seiner Geburt an der seltenen Blutkrankheit S/Beta Thalassemie erkrankt. Diese Krankheit beruht auf einem genetischen Defekt und trifft vorwiegend Menschen aus den Mittelmeerländern. Sie endet häufig tödlich, wenn nicht rechtzeitig eine Knochenmarktransplantation erfolgt. Obwohl auch in der Türkei Kliniken einen solchen Eingriff ermöglichen, sind die Erfahrungen und Bedingungen in deutschen Transplantationszentren ungleich besser. Die finanziellen Möglichkeiten einer durchschnittlich verdienenden Familie in der Türkei sind jedoch nicht ausreichend, um solch einen Eingriff im eigenen Land oder im Ausland zu bezahlen.



V.l.n.r.: Mutter
Gülsüm Kusbas;
Patient Özcan
Kusbas; Vater
Ahmet Kusbas;
Bruder und
Knochenmark-
spender Özkan
Kusbas

Dies galt auch für die Familie Kusbas. Sie hatte keine Krankenversicherung, und so überstiegen schon die notwendigen Medikamente und die monatliche Dialyse ihre finanziellen Möglichkeiten. Ohne eine Knochenmarktransplantation jedoch sahen die behandelnden Ärzte für den Jungen nur eine sehr geringe Überlebenschance.

1.2. Die Suche nach dem Knochenmarkspender

Für eine Transplantation ist ein passender Knochenmarkspender unabdingbar. Dabei ist es für den Erfolg der Transplantation entscheidend, dass keine Abstoßungsreaktion zwischen den gesunden Stammzellen des Spenders und dem Körper des Patienten stattfindet. Dazu müssen die Gewebemerkmale von beiden nahezu übereinstimmen. Die Wahrscheinlichkeit, einen passenden Spender zu finden, liegt bei 1:100.000. Daher gestaltet sich die Suche nach einem Spender sehr schwierig. Sie beginnt in der Regel innerhalb der eigenen Familie, erst danach werden Fremdspender in Betracht gezogen. Durch einen Bluttest (Typisierung) werden die Gewebemerkmale des Spenders überprüft und mit denen des Patienten verglichen. Stimmen diese weit genug überein, kann eine Knochenmarktransplantation durchgeführt werden. Dies ist dann ein komplexer medizinischer Eingriff: Der Patient bekommt eine starke Chemotherapie, um das kranke Knochenmark im eigenen Körper abzubauen. Das notwendige Spenderknochenmark befindet sich im Innenraum der Knochen (nicht zu verwechseln mit dem Rückenmark). Es wird dem Spender unter Vollnarkose entnommen und kann dem Patienten anschließend als Knochenmark-Blutgemisch wie bei einer Bluttransfusion übertragen werden. Da es sich um eine sehr risikoreiche Behandlung handelt und sich der Patient während in den ersten Monaten danach in Lebensgefahr befindet, ist eine gute Nachsorge von großer Bedeutung.

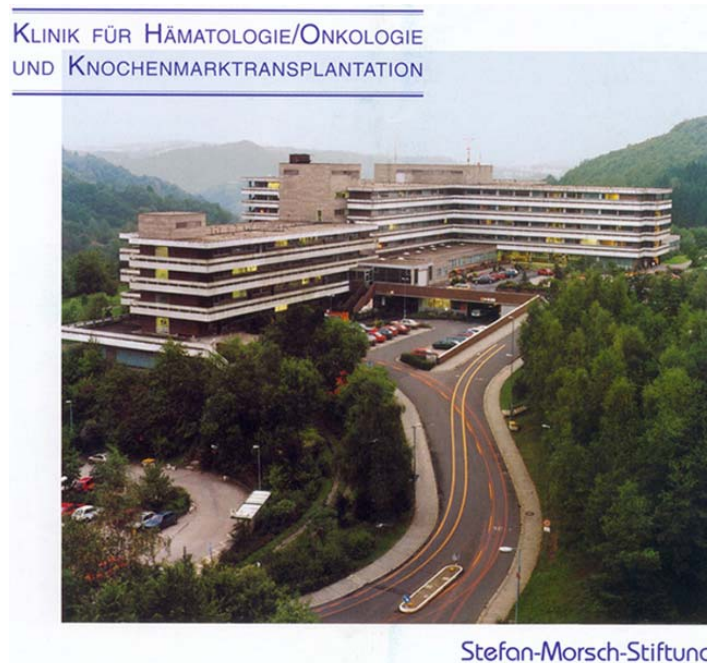
Özcan hatte im Vergleich zu anderen Patienten großes Glück: Nachdem das Blut der Eltern und des älteren Bruders namens Özkan typisiert worden war, zeigte sich, dass Özkans Gewebemerkmale mit denen seines Bruders so übereinstimmten, dass der Knochenmarktransplantation medizinisch nichts mehr im Weg stand. Für eine Transplantation in Deutschland musste aber noch die Finanzierung sichergestellt und eine Fachklinik gefunden werden.

1.3. Die Suche nach dem Krankenhaus

Über eine gemeinsame Bekannte der Familie Kusbas und der Autorin kam der erste telefonische Kontakt zustande. Auf dieser Basis entstand im März 1996 die Idee, eine Aktion "Hilfe für Özcan" ins Leben zu rufen, um den Jungen im Kampf gegen die gefährliche Krankheit zu unterstützen. Initiatorin und Hauptorganisatorin des Projektes war die Autorin dieses Artikels; bei einigen Teilprojekten wurde sie aber durch Freunde, Eltern und Schirmherren unterstützt, deren Hilfe entscheidend zum Erfolg der Gesamtkampagne beitrug.

Sobald feststand, dass die medizinischen Voraussetzungen für eine Transplantation erfüllt waren, begann die Suche nach einer geeigneten Klinik. Hierzu wurde ein Brief an rund 300 Einrichtungen in Deutschland versandt. Dann begann das große Warten. Die Absagen häuften sich, und Vertreter von Stiftungen und Kliniken gaben an, dass eine Transplantation nahezu 250.000 Euro kosten würde. Nach zahlreichen Telefonaten und Kontakten zu Spezialisten auf diesem Fachgebiet meldete sich die Stefan-Morsch-Stiftung aus Birkenfeld.

Stefan Morsch war der erste Europäer, dem 1984 in den USA fremdes Knochenmark transplantiert wurde. Er überlebte den Eingriff, starb später jedoch an einer Lungenentzündung. Seine Eltern Hiltrud und Emil Morsch gründeten 1986 in Birkenfeld die Stiftung zur Hilfe von Leukämiekranken. Die Stiftung verfügt seit 1994 über eine eigene Klinik mit 14 Transplantationsplätzen in den Städtischen Krankenhausanstalten in Idar-Oberstein.



Nach zahlreichen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden Emil Morsch und Vertretern der Aktion "Hilfe für Özcan" und einer genauen Prüfung der Sachlage sagte die Stiftung zu, die Transplantation in der stiftungseigenen "Klinik für Hämatologie/Onkologie und Knochenmarktransplantation" durchzuführen. Dadurch konnten die voraussichtlichen Kosten für den Eingriff auf 100.000 Euro gesenkt werden. Um dieses Geld aufzutreiben, konnte über die Stiftung ein Spendenkonto für die Aktion "Hilfe für Özcan" eingerichtet werden; dadurch wurde es möglich, auch Spendenbescheinigungen auszustellen. Zeitlich parallel dazu begannen zwischen den behandelnden Ärzten in der Türkei und dem transplantierenden Arzt in Deutschland intensive Gespräche über die weitere Behandlung und den gesundheitlichen Zustand des jungen Patienten.

1.4. Aktionen und Medienarbeit für die Kampagne "Hilfe für Özcan"

1.4.1. Schirmherrschaft

Nachdem also die medizinischen (Spender) und logistischen Voraussetzungen (Transplantationsklinik und Spendenkonto) geklärt waren, musste eine öffentlichkeitswirksame Kampagne geplant werden, um die Spendengelder in Höhe von 100.000 Euro zu sammeln. Da die Autorin zum Zeitpunkt der Aktion Studentin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster war, lag es nahe, den Rektor der Universität um seine Schirmherrschaft zu bitten. Er sagte zu. Weil es sich aber um eine Kampagne für einen türkischen Jungen handelte, wurde nach einem weiteren Schirmherrn gesucht, der einen Bezug zur türkischen Community in der Bundesrepublik hatte. Am Ende konnte der Türkische Generalkonsul in Münster für dieses Amt gewonnen werden. Zusammen mit den beiden Schirmherren unterstützten dann auch die Universität und das Türkische Generalkonsulat die Kampagnen und Aktionen, um die notwendigen Mittel zu sammeln.

1.4.2. Pressearbeit und Aktionen

Parallel zu den medizinischen Vorbereitungen für die Knochenmarktransplantation wurde eine intensive Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt, so dass die Kampagne "Hilfe für Özcan" sowohl durch deutsche Printmedien und das Fernsehen, als auch durch

türkische Medien bekannter gemacht wurde. Eine Vielzahl von Aktionen sorgte für immer neue Berichterstattungsanlässe.

Das Türkische Generalkonsulat in Münster verschickte ein Rundschreiben an verschiedene türkische Institutionen, Vereine und Verbände in Deutschland mit der Bitte, die Kampagne "Hilfe für Özcan" zu unterstützen. Bei türkischen Reiseveranstaltern wurde um ein Sponsoring der Transportkosten gebeten. Schließlich erklärte sich die Firma Öger bereit, die Flugkosten für die gesamte Familie Kusbas zu übernehmen.

Ferner wurde gemeinsam mit den Schirmherren und der "Deutsch-Türkischen-Gesellschaft Münster" ein Benefizkonzert mit der türkischen Staatskünstlerin und Pianistin Gülsin Onay an der Universität organisiert, dessen Erlös direkt der Aktion zugute kam. Die "Deutsch-Türkische Gesundheitsstiftung" in Giessen half mit einer Spende und warb positiven Stellungnahmen in Medien um weitere Unterstützung.

Um potentielle deutsche Spender zu erreichen, wurden Handzettel in Arztpraxen und in Banken ausgelegt. Beim Volkslauf in Nordwalde, der jedes Jahr zu Allerheiligen durchgeführt wird, wurde zugunsten der Aktion ein Startgeld erhoben. Außerdem wurden bei der Veranstaltung Kaffee und Kuchen verkauft, so dass insgesamt ein ansehnlicher Beitrag zustande kam.

Darüber hinaus wurden alle Fachschaften der Universität Münster angeschrieben, um bei Fachschaftspartys eine "Soli-Mark" auf den Eintrittspreis zu schlagen und somit von jedem Partybesucher eine D-Mark als Spende einzunehmen. Zahlreiche Fachschaften beteiligten sich an der Aktion, um dem kleinen Özcan zu helfen.

Die Kampagne "Hilfe für Özcan" konnte mit ihrer Arbeit auch den Studentenverein "Step by Step e.V." für sich gewinnen. Der Verein ist ein gemeinnütziger, von Studenten in Münster gegründeter Zusammenschluss, der Menschen finanziell unterstützt, die unverschuldet in Not geraten sind. "Step by Step" schrieb seine rund 300 Mitglieder an, um die Kampagne bei hilfswilligen Menschen bekannt zu machen, und unterstützte die Aktion "Hilfe für Özcan" mit einem Monatsbeitrag. Zusätzlich überwiesen "Step by Step" -Mitglieder auch noch einzeln Beträge auf das Spendenkonto.

Über die erwähnten und einige weitere Aktionen wurde in den Medien unter Angabe des Spendenkontos berichtet, so dass es dem interessierten Leser oder Zuschauer

möglich war, sich auch mit einem finanziellen Beitrag zu beteiligen. So kamen nach knapp sechs Monaten tatsächlich nahezu 100.000 Euro zusammen.

1.5. Die Transplantation

Als nächstes galt es, den Aufenthalt der Familie in Deutschland zu organisieren. Nachdem die Visa bei den deutschen Behörden in der Türkei besorgt und die Flugtickets durch die Firma Öger bereitgestellt worden waren, konnte die Familie Kusbas im Mai 1997 das erste Mal nach Idar-Oberstein reisen. Die Eltern und der ältere Bruder von Özcan wurden im Schwesternwohnheim untergebracht. Nach den ersten Untersuchungen im Krankenhaus wurden sowohl Özkan, der Knochenmarkspender, als auch der Patient Özcan stationär im Krankenhaus aufgenommen. Nun konnte mit der Chemotherapie bei Özcan begonnen werden.

Nach einigen Tagen wurde dem älteren Bruder unter Vollnarkose Knochenmark entnommen und Özcan übertragen. Die anschließenden, kritischen Wochen überstand der junge Patient wohlbehalten.

Da Familie Kusbas der deutschen Sprache nicht mächtig war, übernahm die Autorin dieses Beitrags während des drei Monate andauernden Aufenthaltes im Krankenhaus Dolmetscher und Vermittlungstätigkeiten. Sie betreute die Familie und übersetzte die Informationen in den Gesprächen zwischen den Eltern und den Ärzten, zwischen den Ärzten und dem Patienten sowie zwischen den Medizinerinnen in Idar-Oberstein und denen in Antalya. So half sie, alle Familienmitglieder auf die Knochenmarkstransplantation vorzubereiten. Und nicht zuletzt machte sie ihnen auch die Verhaltensregeln für die Zeit nach der Transplantation verständlich.

Drei Monate nach der Transplantation konnte die Familie in die Türkei zurückkehren. Jedoch waren weitere Untersuchungen Idar-Oberstein nötig, um sicherzustellen, dass die Transplantation wirklich erfolgreich verlaufen war. Daher kam Özcan nach der Transplantation in Begleitung seines Vaters weitere vier Male nach Idar-Oberstein. Die Flugtickets und der Aufenthalt von Vater und Sohn wurden auch wieder durch Spenden gedeckt. Inzwischen ist Özcan zwölf Jahre alt und besucht die Schule. Seine Eltern sind froh, dass ihr Sohn gesund geworden ist.

2. Die Zusammenarbeit zwischen der "Stefan-Morsch-Stiftung" und "AKHAV"

2.1. Die Partnerstiftungen

Die Aktion "Hilfe für Özcan" hat darüber hinaus bewirkt, dass die "Stefan-Morsch-Stiftung" nun mit der Stiftung "AKHAV (Akdeniz Kan Hastalıkları Vakfı)" in Antalya zusammenarbeitet. Vorsitzender der Stiftung "AKHAV" ist Özcan's behandelnder Arzt in Antalya. Die Stiftung betreut blutkranke Patienten in Antalya und ist ein Pendant zur deutschen "Stefan-Morsch-Stiftung". Im Einzelnen bietet sie Hilfe für Thalassemie-Patienten und Angehörige, Hilfe für Patienten, die an anderen Blutkrankheiten (Leukämie, Anämie, usw.) leiden, sowie die Aufklärung der Patienten und Angehörigen. Derzeit werden die Patienten im staatlichen Krankenhaus in Antalya behandelt, aber ein eigenes Krankenhaus für diese Patienten und die Schaffung einer Abteilung für Knochenmarkstransplantation sind geplant.

Mit der Überlegung, möglichst vielen Menschen in der Türkei helfen und sie heilen zu können, initiierte die Autorin eine weiterreichende Kooperation. Die "Stefan-Morsch-Stiftung" ist inzwischen eine Partnerstiftung der "AKHAV" in Antalya, und gemeinsam konnten viele weitere Projekte durchgeführt werden, um Thalassemie- und Leukämie-Patienten zu helfen.

Neben dem medizinischen Austausch von Know-how zwischen Deutschland und der Türkei wird nun der Aufbau einer Transplantationsklinik in der Türkei unterstützt. Schon in der Planungsphase des Krankenhauses (Kalıtsal Kan Hastalıkları Arastırma Ve Tedavi Merkezi) agierte die "Stefan-Morsch-Stiftung" als Berater, um gute medizinische Voraussetzungen zu schaffen und Kosten zu sparen. Um bei Realisierung des Krankenhaus-Projektes bereits geschultes Personal zu haben, das mit den Verhaltensregeln einer Knochenmarkstransplantations-Klinik vertraut ist, sind Austauschprogramme von Ärzte- und Schwestern-Teams geplant. Somit hat das türkische Personal die Möglichkeit nach Deutschland zu kommen, um sich die Klinik in Deutschland anzuschauen. Darüber hinaus werden seitens der "Stefan-Morsch-Stiftung" Möglichkeiten gesucht, um eine Finanzierungshilfe für das Projekt z.B. aus EU-Mitteln zu ermöglichen. Über die Beschaffung von Fördergeldern hinaus beteiligt sich die "Stefan-Morsch-Stiftung" auch an Gesprächen mit dem türkischen Gesundheitsministerium in Ankara.

2.2. Eine türkische Knochenmarkspenderdatei

Neben dem Klinik-Projekt ist die "Stefan-Morsch-Stiftung" auch daran interessiert, eine Knochenmarkspenderdatei für die Türkei aufzubauen. Wie bereits erwähnt, setzen Leukämie und andere Krankheiten zur Heilung eine Knochenmark- oder Stammzellenspende voraus, die aber nur bei einer weitreichenden Übereinstimmung bestimmter Merkmale möglich ist, so dass sich die Suche nach einem Spender regelmäßig schwierig gestaltet. In manchen Ländern erleichtert eine Spenderdatei, auf die Ärzte, Krankenkassen oder Gesundheitsstiftungen zugreifen können, die Suche. Trotzdem ist sie nicht immer von Erfolg gekrönt, da die Wahrscheinlichkeit relativ gering ist, das genetische Gegenstück zu finden. Ist jedoch eine solche Datenabfrage erst gar nicht möglich, ist die Situation für einen Patienten nahezu hoffnungslos.

Da sich die Gewebemerkmale zwischen Türken und Deutschen sehr stark unterscheiden, ist es wesentlich leichter, unter Menschen derselben Nationalität nach einem Spender zu suchen. In Deutschland sind aber nur rund 20.000 türkische und türkischstämmige Spender in den Spenderdateien registriert¹, und in der Türkei existiert erst gar keine solche Datei. Jedoch nutzen alle medizinischen Möglichkeiten in Deutschland einem Türken nicht viel, wenn er keinen Spender findet. Es ist also wichtig, die Türken in Deutschland bezüglich dieser Thematik aufzuklären, da sie sich typisieren lassen müssen, um türkischen Leukämiepatienten die Chance auf ein Überleben zu geben. Darüber hinaus hält die "Stefan-Morsch-Stiftung" den Aufbau einer eigenen Spenderdatei in der Türkei für sehr dringend notwendig. Jedoch haben die Gespräche mit dem Türkischen Gesundheitsministerium bisher nicht viel bewirkt. Auch im Interesse der in Deutschland lebende Leukämiepatienten, die aus der Türkei stammen, ist es wichtig, dass sich in diesem Punkt bald etwas ändert.



¹ Dies sind Schätzungen der Autorin, da es laut Bundesgesundheitsministerium hierzu keine Angaben gibt.

3. Fazit

Die Kampagne "Hilfe für Özcan" verfolgte ursprünglich nur das Ziel, dem kleinen Özcan Kusbas zu einer erfolgreichen Knochenmarktransplantation zu verhelfen. Gleichzeitig wurde aber der Grundstein für eine Zusammenarbeit der deutschen "Stefan-Morsch-Stiftung" mit der türkischen Stiftung "AKHAV" gelegt, die für viele weitere erkrankte Menschen hilfreich sein kann. Ferner wurde durch die Aktionen eine breite deutsche und türkische Öffentlichkeit mit der Problematik vertraut gemacht.

Obwohl inzwischen viele Jahre seit der Durchführung der Hilfsaktion vergangen sind, agiert die Autorin weiterhin als Wissensvermittlerin für Patienten, die einen Knochenmarkspender suchen. Sie unterstützt Vereine, Stiftungen und andere Organisationen, die auf diesem Gebiet tätig sind. Sie ist mit der Thematik gut vertraut und unterstützte die "Stefan-Morsch-Stiftung" auch in der Türkei bei der Durchführung von großen Aktionen, um Spender für Patienten zu finden. So wurde beispielsweise im März 1999 in Istanbul ein passender Spender für einen erkrankten türkischen Arzt gesucht. An einem Tag konnte insgesamt 8.000 Menschen Blut für die Typisierung abgenommen werden.

Wie aus der geschilderten Zusammenarbeit der Stiftungen hervorgeht, ist es sicherlich notwendig, dass noch viele Migrantenorganisationen tätig werden, um einen Beitrag für die Gesundheit der Betroffenen zu tun. Da Migranten die Situation, sowohl im Herkunftsland als auch in Deutschland, gut einschätzen können, sind sie diejenigen, deren Einsatz auf verschiedenen Ebenen immer dringlicher und gefragter wird. Zukünftig gilt es, die positive Entwicklung voranzutreiben und die eigenen Chancen zu ergreifen.

Angaben zu den AutorInnen

Handan Cetinkaya-Roos, Studium der Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Erziehungswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. 1999 Magistra Artium. Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Münster. Seit Oktober 1999 als PR-Managerin in der freien Wirtschaft tätig und seit Januar 2002 mit CR Communication selbständig als PR-Beraterin für die türkische Zielgruppe in Deutschland. Preise für soziales Engagement: Ehrenpreis des Jahres 1997 der „Akademie der türkischen Gemeinde e.V.“ und Verleihung der Ehrenmedaille 2001 der „Stefan-Morsch-Stiftung“ für die Aktion „Hilfe für Özcan“.

Mustafa Coezmez, Einreise nach Deutschland 1981, 1983-1985 Berufsausbildung als Schlosser, 1985 Einstellung bei Ford als Produktionsarbeiter, 1987 Versetzung in die Instandhaltung als Maschenschlosser, 1990 Freistellung als Assistent bzw. Übersetzer für den Betriebsrat, 1997 Betriebsrat, 2000 Aufsichtsrat der Ford Werke AG und Ford Deutschland Holding GmbH.

Manuel Romano-García, 1937 in La Mancha/Spanien geboren, lebt seit seinem 20. Lebensjahr in Deutschland, von 1963 bis 1996 Technischer Angestellter beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Dozent für Spanisch an der Volkshochschule Münster. Von 1973-1979 Vorsitzender des Bundes der Spanischen Elternvereine, danach Mitarbeit in den Elternvereinen bis dato. Vorsitzender von ¡Adelante! Netzwerk spanischsprechender Seniorinnen und Senioren in NRW e.V. seit der Gründung des Vereins im Jahre 1997. Seit über 10 Jahren Vorsitzender des „Círculo Hispano- Alemán“ (Spanisch-Deutscher Freundeskreises).

Uwe Hunger, Jahrgang 1970, 1991-1997 Studium der Politikwissenschaft, Wirtschaftspolitik, Soziologie, Philosophie, Germanistik und Erziehungswissenschaft an der WWU Münster, 1997 Magister Artium, 1999 Promotion zum Dr. phil., 1997-2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster, Februar 1999 Forschungsaufenthalt an der International Christian University Tokio, Japan, 2001-2002 Visiting Scholar an der University of California, Los Angeles (USA), seit Mai 2002 wissenschaftlicher Angestellter am Institut für

Politikwissenschaft der WWU Münster, Oktober 2002 Ernennung zum Wissenschaftlichen Assistenten.

Ahmet Sezer, 1958 in der Türkei geboren, Lehramtsstudium und Studium der Sozialwissenschaften an der WWU Münster, seit 1991 bei der Stadt Gronau beschäftigt, seit 1990 Vorstandsmitglied des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration aus der Türkei e.V., DOMiT (Köln).

Ercüment Toker, 1949 in Izmir/Türkei geboren, lebt seit 1973 in Deutschland. Seit 1974 engagiert er sich in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten, zunächst in verschiedenen Migrantenselbstorganisationen, später von 1978 bis 1992 hauptamtlich. Seit 1981 Sprecher des Facharbeitskreises Immigration im Paritätischen NRW, seit 1992 Geschäftsführer der IFAK e.V. (Bochum), seit 1996 Leiter des Projekts "Aktionsbüro Einbürgerung im PARITÄTISCHEN NRW", Fernstudent der Erziehungs- und Sozialwissenschaften und der Psychologie.